

mentreten sollte, müßten die christlichen Kirchen „in gemeinsamer Verantwortung ein Wort sagen, das die Menschheit nicht überhören kann.“

Daß in der *Konsequenz der ökumenischen Bewegung* ein Konzil aller christlichen Kirchen liegen könnte bzw. sollte, ist ein Gedanke, der aus der einschlägigen Diskussion schon seit längerem vertraut ist. Bei der Vollversammlung des ÖRK in Uppsala 1968 wurden die Mitgliedskirchen erstmals dazu aufgefordert, „auf die Zeit hinzuarbeiten, wenn ein wirklich universales Konzil wieder für alle Christen sprechen“ könne. Eine Verbindung zwischen dieser *Konzilsidee* und dem *Friedensthema* wurde auf der Vollversammlung von Vancouver 1983 hergestellt. Dort hieß es u. a. in einer Empfehlung an den Programmausschuß, der ÖRK möge ein „ökumenisches Konzil für Leben, Gerechtigkeit und Frieden“ einberufen. Der Zentralausschuß machte sich bei seiner Tagung im letzten Sommer diese Empfehlung allerdings nicht zu eigen; in Aussicht genommen wurde nur eine „Weltkonferenz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, die 1989 stattfinden soll.

Auch der Aufruf Carl Friedrich von Weizsäckers hat *kaum Aussicht auf Verwirklichung*, zumindest nicht in dem Zeitraum, der ihm vorschwebt (das Konzil sollte, weil die Zeit drängt, seinem Vorschlag nach in zwei Jahren beginnen und spätestens 1989 abgeschlossen sein). Schließlich gehen katholisches, orthodoxes und innerhalb des ÖRK entwickeltes Konzilsverständnis noch zu weit auseinander, als daß man sich in absehbarer Zeit auf ein gemeinsames „Ökumenisches Konzil des Friedens“ verständigen könnte. Außerdem haben sich in den letzten Jahren so viele Kirchen bzw. katholische Ortskirchen zum Thema Frieden aus der Sicht des christlichen Glaubens geäußert, daß man fragen kann, was dem auf einem alle – oder zumindest die wichtigsten – Kirchen umfassenden Konzil überhaupt noch hinzuzufügen wäre. Die Kirchen haben es doch weder an sachkundigen Analysen der militärisch-politischen Gefahren noch an aufrüttelnden Ap-

pellern fehlen lassen. Im übrigen würden sich auch auf einem allgemeinen Friedenskonzil die Rücksichten bemerkbar machen, die viele Kirchen aufgrund politisch-ideologischer Zwänge nehmen müssen.

So verständlich der Wunsch nach einem nachdrücklichen, weil einstimmig-geschlossenen Votum der Weltchristenheit für den Frieden als Bedingung des Überlebens der Menschheit ist, so sehr die Vision eines ökumenischen Friedenskonzils faszinieren mag: Die Kirchenleitungen wie die Gemeinden (an beide richtet sich der Aufruf von Weizsäckers) haben vordringlichere Aufgaben auf diesem Feld. Zum einen sind sie auch weiterhin dazu aufgerufen, von den Impulsen der christlichen Friedensbotschaft aus die Politik ihrer Länder aufmerksam und kritisch zu begleiten, soweit es ihnen überhaupt möglich ist. Zum anderen können Kirchen aus verschiedenen Ländern und Erdteilen auch unterhalb der Ebene eines ökumenischen Friedenskonzils durch Begegnungen untereinander viel zur Förderung von Verständigung und Frieden beitragen.

ru

seine Äußerungen dennoch nicht leicht hinweggegangen werden.

Ob allerdings sein im Mai erschienenen jüngstes Diskussionspapier mit *Vorschlägen zur Veränderung der Kirchenfinanzierung* viel Resonanz finden wird, ist fraglich. Die Autoren und Sprecher, die das Papier der Öffentlichkeit vorstellten, schienen selbst daran zu zweifeln, denn in der Einleitung formulieren sie Gegenargumente: Obwohl es gute Gründe gebe, das heutige Finanzierungssystem der Kirchen kritisch zu überprüfen, so brenne das Thema angesichts hoher Arbeitslosigkeit und leerer öffentlicher Kassen nicht auf den Nägeln. Und: warum schlafende Hunde wecken? Daß selbst Mitglieder des Kreises nicht durchwegs vom Nutzen des Papiers überzeugt waren, zeigen der Hinweis auf die lange Entstehungszeit und das Eingeständnis, daß Einverständnis über eine Alternative zum gegenwärtigen Finanzierungssystem vor allem als Ersatz der Kirchensteuer, dessen stufenweise Abschaffung gefordert wird, weil man es besonders anstößig und als nicht ungefährlich für das geistliche Profil der Kirche hält, nicht herbeizuführen war.

Dem Hauptargument der Verfasser, daß gerade zu einer Zeit, wo die Kirchenfinanzierung öffentlich nicht attackiert wird, die Chance bestehe, unpolemisch sich damit auseinanderzusetzen, ist nicht zu widerlegen und die Sachlichkeit, mit der argumentiert und die Vor- und Nachteile einer Änderung diskutiert werden, ist beeindruckend. Daß von allen prinzipiellen, das Staat-Kirche-Verhältnis berührenden Fragen abgesehen, das gegenwärtige Kirchensteuersystem nicht nur Vorteile hat, indem es der Kirche ein stattliches Finanzpolster sichert und langfristige Planungen ermöglicht, sondern auch mit Nachteilen zu kämpfen hat, z. B. mit der *Abhängigkeit kirchlicher Haushaltsplanung von der staatlichen Fiskalpolitik* – durch die jetzt verabschiedete zweistufige Steuerreform verlieren die Kirchen allein einen Kirchensteueraufkommensbetrag von ca. einer Milliarde DM – wird auch von Leuten eingeräumt, die am System selbst dennoch nicht rütteln möchten.

Selbstzweifel

Der *Bensberger Kreis* ist ein fleißiger Verein aus intelligenten Leuten. Er hat trotz durchaus pluralistischer Zusammensetzung eine von der Öffentlichkeit vertretene eindeutige politische und kirchenpolitische Linie, die als „offen“ und „progressiv“ bezeichnet wird und die mit linkslastig falsch eingestuft wäre. Die Studien, Streitschriften und Diskussionspapiere, die die Bensberger seit Beginn der 70er Jahre sporadisch und in größer werdenden Abständen veröffentlicht haben, zeichnen sich bei aller Kritikwürdigkeit im einzelnen durch einen argumentativen Rang aus, der im katholischen Bereich nur selten anzutreffen ist. Auch wenn der Kreis heute lange nicht mehr über die Publizität seiner Anfangszeiten verfügt, kann über

Das Memorandum der Bensberger hat überdies dem für sich schon unvergleichlichen Vorteil, daß es über alle Arten und Facetten der Kirchenfinanzierung von der Kirchensteuer über das Spendenaufkommen und die Staatsleistungen bis zu Stolgebühren und Meßstipendien informiert und so einen guten Überblick über die *Einkommensquellen der Kirchen* bietet, auch wenn, vom Kirchensteueraufkommen abgesehen, sich nur Schätzzahlen angeben lassen. (Bei der Zitierung des Subventionsberichts der Bundesregierung von 1980, der laut dem Papier eine geschätzte Gesamtsumme der staatlichen Steuerbegünstigungen positiver und negativer Art von 31,7 Milliarden „zugunsten der Kirchen“ ausweist, muß es sich schlicht um eine Falschangabe bzw. um einen Druckfehler handeln. Auch die staatlichen Aufwendungen für Schulen in freier – konfessioneller bzw. katholischer – Trägerschaft als „Subventionsleistungen“ einzustufen, dürfte problematisch sein.)

Insgesamt ist das Papier aber sehr *informativ*, auch in den Vergleichen des bundesrepublikanischen Systems mit anderen Systemen in den romanischen Ländern oder im angelsächsischen Raum.

Problematisch ist freilich der *basisdemokratische Kirchenbegriff*, der den Autoren beim Abwägen der Alternativen die Feder geführt hat. Es geht ihnen vor allem darum, die Mitwirkung der Gemeindeglieder bei Haushaltsentscheidungen auf allen kirchlichen Ebenen zu sichern und die Gemeinden als Finanzdisponenten zu stärken. Erreichen wollen sie damit eine „andere Machtverteilung in der Kirche“, wobei sie durch Verlagerung der Finanzentscheidungen auf die Gemeinden auch Chancen für bisher nicht mögliche Finanzierungsquelle zugunsten „neuer Personalgemeinden“ sehen.

Damit begeben sich die Autoren nicht nur in ein schwer lösbares Spannungsverhältnis zur bischöflichen Verfassung der Kirche. Sie berücksichtigen auch zu wenig, daß Kirche von ihrem Wesen her in ihren Finanzentscheidungen aufgaben- und nicht nach subjektivem Gusto von Gemeindeglied-

dern bedürfnisorientiert vorgehen kann. Nicht widerlegbar ist das Argument, daß durch eine Umstellung von der den Kirchen von der Verfassung garantierten Einziehung der Kirchensteuer auf freiwillige Zahlungen (in Form von Mitgliedsbeiträgen und/oder Spenden) die Gemeinden und die Kirche insgesamt gezwungen wären, schärfere *Prioritäten* zu setzen. Bei Licht besehen, wäre dies sogar die vorrangigere Aufgabe als die Änderung des Finanzsystems selbst. Eine Studie darüber, wie pastorale und andere Prioritäten im Rahmen des vorhandenen Finanzaufkommens tatsächlich gesetzt werden, wäre hochaktuell und für kirchliche Zukunftsplanung insgesamt hilfreich. Ob sich der Kreis auch einmal an dieses Thema wagen wird?

se

Daneben

Hans Küng hat sich schwer ins Zeug gelegt: im „Stern“ und im Feuilleton der FAZ gegen den neuen katholischen Erwachsenen Katechismus. Ginge es im Sinne des um seinen dogmatischen Lehrstuhl gebrachten Tübinger Ökumenikers, bliebe an dem von den deutschen Bischöfen an Pfingsten (vgl. HK, Juni 1985, 279–282) veröffentlichten Glaubensbuch so gut wie kein gutes Haar, außer daß ihm konzidiert wird, er sei ein Produkt von beträchtlichem theologischem Niveau.

In ihm stecke eine immense theologische Arbeit, er trage aber mehr zur Aufdeckung als zur Überwindung der geistigen Krise katholischer Theologie und Verkündigung bei, stelle sozusagen die Probleme nur nebeneinander und löse sie nicht, betreibe eine *theologische Hermeneutik* (siehe Hölle, Fegefeuer, Teufel, Engel, Erbsünde, Amt, Primat), die sich zwar jüngeren und jüngsten theologischen Entwicklungen verpflichtet fühle, aber diese dann durch das Danebenstellen amtlicher dogmatischer Formulierungen wieder desavouiere oder je nach dem letztere

auch durch erstere in Widersprüche verwickle, ohne solche Widersprüche dann wirklich aufzulösen.

Mit dieser Hermeneutik reproduziere er genau die Krise, die er überwinden wolle. Und nicht nur das. In der Absicht geschrieben, die Glaubwürdigkeitskrise der Kirche zu überwinden, trage er schon als Projekt und offenbar noch mehr als konkrete Durchführung zur „Zurückerneuerung“ der katholischen Kirche bei.

Nun sind Katechismen eine schwierige Sache und für ihre Verfasser meist eine undankbare Aufgabe. Fast gegen jeden und auch gegen den vorliegenden läßt sich eine Menge einwenden. Daß sich bei Bischöfen und in Rom damit auch Hoffnungen verbinden; mit Hilfe des Katechismus mehr Klarheit zu schaffen und einiges gerade zu rücken und die „Diffusion des Glaubens“ zu stoppen, ist nicht zu leugnen und auch nicht die verwickelte Situation, daß „modernes Wirklichkeitsverständnis“ zwar konsequent ernst genommen wird, aber dann doch nicht ganz ernst genommen werden darf. Doch dies ist die *Situation der Theologie insgesamt*, speziell in ihrem Verhältnis zum Lehramt. Man darf von einem Katechismus nicht erwarten, daß gerade er dieses der Kirche noch lange zusetzende Problem löst.

Es läßt sich auch vieles gegen das Konzept und selbst gegen die Autorenschaft des Katechismus einwenden, z. B. daß neben dem Theologen die *katechetischen Didaktiker* fehlten und der Katechismus für Menschen ohne eingehende theologisch-philosophische und ideengeschichtliche Vorbildung eine ziemlich schwierige Lektüre ist. Die Tatsache, daß man nicht mit *einem* Band zu Rande kam, sondern das Glaubensbuch in einen dogmatischen und einen ethischen Teil aufspaltete, gibt für sich schon Anlaß zu manch ironischer Bemerkung. Aber ein Ausbund finsterner Restaurationspolitik ist dieser Katechismus nicht, es sei denn man sehe, was Küng offensichtlich tut, allein schon im Drängen auf ein katechismusartiges Glaubensbuch für Erwachsene und in entsprechenden Bemühungen im katechetischen Bereich nichts als Restauration.

se